



AUS DER ISTANBUL- KONVENTION AUS



Gliederung:

20.03.2021 - Türkei steigt aus Istanbul-Konvention aus.....	3
20.03.2021 - Istanbul-Konvention: Türkei tritt aus Frauenschutz-Abkommen aus.....	5
21.03.2021 - Austritt aus Istanbul-Konvention" Gefährliche Botschaft an die ganze Welt".....	7
21.03.2021 - Demos nach Erdogans Austritt aus Istanbul-Konvention.....	9
22.03.2021 - Istanbul-Konvention: Ankaras homophobe Begründung.....	11
22.03.2021 - Die EU findet kein Mittel gegen Erdogan.....	13
23.03.2021 - Ausstieg aus Istanbul-Konvention "Als würden sämtliche Rechte gestrichen" ..	15
23.03.2021 - Sind Frauen jetzt Freiwild? Türkei tritt aus Istanbul-Konvention aus: „Jemand kann mich einfach töteten, weil ihm langweilig ist"	17
24.03.2021 - AUTORITÄRER UMBAU.....	19
24.03.2021 - Grüne fordern vor EU-Gipfel harte Linie gegen Türkei.....	20
Diskussionsfrage - Soll die Türkei wieder in die Istanbul-Konvention eintreten?.....	21
Quellenverzeichnis.....	22

Türkei steigt aus Istanbul-Konvention aus

20.03.2021

Gewalt gegen Frauen ist in der Türkei ein verbreitetes Problem. Nun tritt die Türkei aus einem Abkommen aus, das Frauen schützen soll. Die Empörung ist groß. Auch in Berlin.

Die Türkei ist aus der sogenannten Istanbul-Konvention ausgetreten, die Frauen vor Gewalt schützen soll. Eine entsprechende Entscheidung des Präsidenten Recep Tayyip Erdogan wurde im Amtsblatt veröffentlicht. Die Konvention des Europarats aus dem Jahr 2011 ist das weltweit erste verbindliche Abkommen gegen Gewalt an Frauen, von Vergewaltigung in der Ehe über häusliche Gewalt bis zur weiblichen Genitalverstümmelung. Die Übereinkunft wurde am 11. Mai 2011 in Istanbul zur Unterschrift ausgelegt. Sie wurde inzwischen von 45 Staaten und der Europäischen Union (EU) unterzeichnet; Deutschland gehörte zu den ersten Unterzeichnern.

Konservative Politiker in der Türkei hatten einen Austritt mit der Begründung gefordert, die Übereinkunft schade der Einheit der Familie und fördere Scheidungen. Die Ministerin für Familie, Arbeit und Sozialpolitik, Zehra Zumrut, verkündete nun auf Twitter, die Garantie von Frauenrechten in den türkischen Gesetzen und in der Verfassung reiche aus. "Unser Justizsystem ist dynamisch und stark genug, um bei Bedarf neue Regelungen zu implementieren."

"Weiterhin Bürger zweiter Klasse"

Der Europarat sprach von "verheerenden Nachrichten" und einem "herben Rückschlag" bei den Bemühungen, Frauen zu schützen. Der Austritt gefährde den Schutz von Frauen nicht allein in der Türkei, sondern "in ganz Europa und darüber hinaus", heißt es in einer Erklärung.

Auch die türkische Oppositionspartei CHP kritisierte den Schritt der Regierung scharf. Die stellvertretende Vorsitzende Gökce Gökçen erklärte, der Rückzug aus dem Abkommen bedeute, dass Frauen "weiterhin Bürger zweiter Klasse" blieben. Damit werde zugelassen, "dass sie getötet werden". Der Istanbuler Bürgermeister Ekrem Imamoglu schrieb auf Twitter, der Austritt aus der Konvention sei "sehr schmerzhaft". Dies missachte den jahrelangen Kampf von Frauen.

In den vergangenen Monaten waren mehrere Tausend Frauen in Istanbul und anderen Städten auf die Straße gegangen. Sie hatten verlangt, an der Konvention festzuhalten.

Kundgebungen gegen den Regierungskurs

In der Türkei demonstrierten am Samstag tausende Menschen gegen den Austritt des Landes aus dem internationalen Abkommen gegen Gewalt an Frauen. In der Metropole Istanbul forderten die Teilnehmer einer Kundgebung Staatspräsident Erdogan auf, die Entscheidung zu revidieren und dem Abkommen wieder beizutreten. Die Demonstranten zeigten Plakate mit den Porträts ermordeter Frauen. Eine Demonstrantin sagte in Istanbul der Deutschen Welle: "Die 'Istanbul-Konvention' ist ein Mittel zum Schutz für uns Frauen. Und jetzt hat die Regierung den Weg für mehr Gewalt gegen Frauen geebnet. Und das ist der

Grund, warum wir jetzt hier sind." Kleinere Kundgebungen gab es laut Medienberichten auch Ankara und Izmir.

Die Generalsekretärin der Organisation "Wir werden Frauenmorde stoppen", Fidan Ataselim, betonte, die Regierung gefährde mit dem Austritt das Leben von Millionen Frauen. In einem auf Twitter geteilten Video sagte sie: "Ihr könnt Millionen Frauen nicht zu Hause einsperren, ihr könnt Millionen Frauen nicht von den Straßen und Plätzen ausradieren."

Die Regierung in Ankara versicherte dagegen, der Kampf gegen die an Frauen verübte Gewalt werde fortgesetzt. In dieser Sache werde an dem Prinzip der "Null-Toleranz" festgehalten, sagte Familienministerin Zehra Zumrut Selcuk der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu. Vizepräsident Fuat Oktay schrieb auf Twitter, die Türkei müsse andere nicht imitieren. Die Lösung für den Schutz von Frauenrechten "liegt in unseren eigenen Bräuchen und Traditionen".

Deutliche Kritik aus Berlin

Das Auswärtige Amt in Berlin sieht in dem Austritt "ein falsches Signal an Europa, aber vor allem an die Frauen in der Türkei". Erst vor wenigen Wochen habe Präsident Erdogan einen Aktionsplan für Menschenrechte vorgestellt, der sich auch mit der Bekämpfung von häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen beschäftige. Die Kündigung einer wichtigen Konvention des Europarats dazu werfe die Frage auf, wie ernst es die Türkei mit den im Aktionsplan angekündigten Zielen meine. Weder kulturelle, religiöse noch anderweitige nationale Traditionen könnten als Deckmantel dienen, um Gewalt gegen Frauen zu ignorieren.

Die Grünen-Politikerin Roth verurteilte den Austritt ebenfalls scharf. Die Bundestagsvizepräsidentin sagte der Deutschen Presse-Agentur, der Austritt zeige, "wie hohl und substanzlos die bisherigen Behauptungen und Ankündigungen von Erdogan und seiner Regierung sind, man arbeite an der Wiederannäherung zu Europa und an einem neuen Menschenrechtsplan". In einer gemeinsamen Erklärung mit dem Ex-Grünen-Chef Cem Özdemir hieß es, der Austritt aus der Istanbul-Konvention sei "ein weiteres Zeichen dafür, dass die universalen Menschenrechte für die türkische Regierung nichts als ein Störfaktor sind".

Der Rückzug der Türkei aus der Istanbul-Konvention zeige, "wie sehr Erdogan Frauenrechte missachtet", erklärten in Berlin die frauenpolitische Sprecherin der Linken-Fraktion, Cornelia Möhring, und der europapolitische Sprecher Andrej Hunko. Die Konvention sei ein "Manifest, das die Vision einer Gesellschaft vertritt, in der Frauen nicht den Männern untergeordnet sind, sondern in der eine vollständige Gleichstellung der Geschlechter herrscht."

Verbreitetes Problem

Gewalt gegen Frauen ist in der Türkei nach wie vor ein verbreitetes Phänomen. Nach Angaben der Organisation "Wir werden Frauenmorde stoppen" wurden allein im vergangenen Jahr mindestens 300 Frauen im Land von Männern getötet. Am 8. März, dem Weltfrauentag, hatte Präsident Erdogan gesagt, er wolle stärker gegen Gewalt an Frauen vorgehen und die Familie, deren Fundament "Mann und Frau" seien, als Institution stärken.

→Zusammenfassung: Die Türkei ist aus der Istanbul-Konvention, einem Abkommen, welches Frauen und Mädchen vor jeglicher Art von Gewalt beschützen soll, ausgetreten. Viele Frauen sind demonstrieren gegangen, da sie wollen, dass die Türkei wieder eintritt. Sie fühlen sich bedroht und in Gefahr. Der türkische Präsident und die Ministerin für Familie, Arbeit und Sozialpolitik sind der Meinung, dass die Verfassung und die Gesetze der Türkei in Bezug auf den Schutz von Frauen ausreichen würden.

Istanbul-Konvention: Türkei tritt aus Frauenschutz- Abkommen aus

20.03.2021

Diskutiert wurde über die Istanbul-Konvention schon länger, trotzdem kam die Entscheidung nun überraschend. Mit sofortiger Wirkung verlässt die Türkei das internationale Abkommen zum Schutz der Frauen vor Gewalt.

"Zieh Deine Entscheidung zurück und halte Dich an den Vertrag", fordert Fidan Ataselim von der Plattform gegen Frauenmorde vom türkischen Präsident Recep Tayyip Erdogan in einem Internet-Video. Frauenrechtlerinnen posten auf Twitter, sie hätten die Nacht nicht schlafen können. Denn **jetzt müssten Frauen noch mehr um ihr Leben fürchten.**

Mehr als 300 Frauen sind vergangenes Jahr in der Türkei ermordet worden, heißt es auf der Plattform - viele von ihnen von ihren Ehemännern, Ex-Partnern, Brüdern oder anderen Männern aus dem nahen Umfeld.

Das hatte schon am Internationalen Frauentag vor knapp zwei Wochen viele auf die Straße gebracht, so wie die 50-jährige Sema in Istanbul: "Es wurden so viele Frauen von Männern umgebracht, vor allem in den vergangenen zwei Jahren. Darum müssen wir uns verteidigen. Wir treffen unsere Entscheidungen, leben unser Leben, das ist unsere Straße und unser Recht."

Organisationen riefen zu landesweiten Protesten auf

Sie fordern Freiheit: Am **Frauentag in diesem Jahr waren die Demonstrationen** seit langem zum ersten Mal wieder **friedlich** verlaufen. Frauenorganisationen hatten auch für heute zu Protesten im ganzen Land aufgerufen - gegen den Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention.

"Sie können Millionen von Frauen nicht ignorieren, sie zu Hause einsperren, einfach aus dem Straßenbild löschen. Sie können Millionen von Frauen nicht zum Schweigen bringen," sagt die Aktivistin Ataselim.

Die Istanbul-Konvention

Die Istanbul-Konvention **soll Frauen und Mädchen besser vor Gewalt schützen** - sei es zu Hause oder anderswo. Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt wurde am 11. Mai 2011 in Istanbul zur Unterschrift ausgelegt. Sie wurde inzwischen von 45 Staaten und der Europäischen Union unterzeichnet.

Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie alle Formen von häuslicher Gewalt - etwa Vergewaltigung in der Ehe - als Verbrechen einzustufen und entsprechend zu bestrafen. Außerdem sollen Gewaltopfer spezielle Schutzeinrichtungen, beispielsweise Frauenhäuser, sowie psychologische und soziale

Beratung angeboten bekommen. Als "Gewalt" gilt laut Abkommen nicht nur physische Gewalt, sondern auch geschlechtsspezifische Diskriminierung, Einschüchterung oder wirtschaftliche Ausbeutung.

Erdogan: "Frau ist vor allem Mutter"

Konservative Politiker hatten schon länger darauf gedrängt, aus der Istanbul-Konvention von 2011 auszusteigen. Sie sahen die traditionellen Familienstrukturen in Gefahr. Auch Präsident Erdogan scheint die Frauen lieber am Herd als auf der Straße oder im Büro sehen zu wollen. Am Internationalen Frauentag am 8. März sagte er: "Die Frau ist vor allem Mutter und die allererste Heimat des Kindes." Erdogan verspricht allerdings auch immer wieder, gegen Gewalt an Frauen vorzugehen. Beispielweise gibt es eine App, über die Frauen die Polizei direkt alarmieren können. Sie wurde bereits hunderttausende Male heruntergeladen.

Mehr Gewalt während der Pandemie

Gülsüm Kav von einer Plattform gegen Femizide berichtet, dass Frauen vor allem seit der Corona-Pandemie immer mehr Gewalt Zuhause aushalten müssen: "Ausgerechnet im Pandemiejahr schnürt man uns die Luft zum Atmen ab, anstatt uns etwas mehr Luft zu verschaffen. Sie beschließen etwas, wodurch wir noch mehr Schutz verlieren. Das können wir niemals akzeptieren."

Die Täter würden oft gar nicht oder zu milde bestraft, kritisieren Aktivistinnen. Das Signal an sie könnte fatal sein. Familienministerin Selcuk hält auf Twitter dagegen. Das Justizsystem der Türkei sei stark genug, um Frauen vor Gewalt zu schützen.

Die Aktivistin Nursen Inal ist wütend über den Schritt der Türkei: "Wir haben seit Jahren dafür gekämpft, dass die Istanbul-Konvention angewandt wird. Wenn man das gemacht hätte, würden heute Tausende Frauen noch am Leben sein." Jede türkische Frau sei sich dessen bewusst. "Deshalb kämpfen sie mit uns für die Konvention, weil sie wissen, dass sie ihr Leben schützt. Darum werden wir auch niemals aufgeben."

→ Zusammenfassung: da konservative Politiker der Türkei schon länger der Meinung waren, aus dem Abkommen auszutreten, sind am 8. März viel Frauen friedlich protestieren gegangen. Die Politiker sind der Meinung, die Istanbul-Konvention gefährde die traditionellen Familienstrukturen der Türkei. Trotz dem Austritt verspricht Erdogan gegen Gewalt an Frauen vorzugehen. Dazu kommt, dass die Menge an Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen während der Pandemie zugenommen hat.

Austritt aus Istanbul-Konvention" Gefährliche Botschaft an die ganze Welt"

21.03.2021

Der EU-Außenbeauftragte Borrell hat die Türkei aufgefordert, ihren Austritt aus der Istanbul-Konvention rückgängig zu machen. Der Schritt gefährde den Schutz von Frauen. Auch Europarat und Vereinte Nationen reagierten besorgt.

Der Austritt der Türkei aus einem internationalen Abkommen zum Schutz von Frauen vor Gewalt ist international scharf kritisiert worden. Der Europarat bedauerte den Austritt aus der Istanbul-Konvention. Damit würden die Türkei und türkische Frauen ein "wichtiges Instrument" verlieren, erklärte das Gremium. Zugleich appellierte der Europarat an die Regierung in Ankara, das internationale System zum Schutz von Frauen nicht zu schwächen. Die Erklärung wurde unterzeichnet von Generalsekretärin Marija Pejčinović Burić, dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, Rik Daems, und dem amtierenden Vorsitzenden des Ministerkomitees, Bundesaußenminister Heiko Maas. Der Europarat setzt sich für die Wahrung der Menschenrechte in seinen 47 Mitgliedstaaten ein.

EU fordert Türkei zur Rückkehr auf

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell forderte die Türkei auf, den Austritt rückgängig zu machen. "Wir hoffen, dass die Türkei bald wieder gemeinsam mit der Europäischen Union die Rechte von Frauen und Mädchen verteidigen wird, ein fundamentales Element der Menschenrechte, des Friedens, der Sicherheit und der Gleichberechtigung im 21. Jahrhundert", erklärte er.

Der Außenbeauftragte äußerte in seiner Erklärung völliges Unverständnis über den Austritt. Dieser gefährde Schutz und Grundrechte von Frauen in der Türkei und sende eine gefährliche Botschaft an die ganze Welt.

Auch EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen betonte auf Twitter: "Gewalt gegen Frauen ist nicht hinnehmbar. Frauen verdienen einen starken Rechtsrahmen, um sie zu schützen. Ich unterstütze die Istanbul-Konvention und rufe alle Unterzeichner auf, sie zu ratifizieren."

Die Bundesregierung sprach von einem falschen Signal an Europa, aber vor allem an die Frauen in der Türkei.

Vereinte Nationen zeigen sich besorgt

Auch die Vereinten Nationen drückten ihre Besorgnis aus. Die Frauenorganisation UN Women protestierte mit einer Erklärung gegen den Austritt der Türkei aus dem internationalen Abkommen gegen Gewalt an Frauen, den der türkische Staatschef Erdogan per Dekret erlassen hatte.

US-Präsident Joe Biden kritisierte den Rückzug als "zutiefst enttäuschend". "Dies ist ein entmutigender Rückschritt für die internationale Bewegung, die Gewalt gegen Frauen weltweit zu beenden", hieß es in einer vom Weißen Haus verbreiteten Mitteilung. Länder

sollten daran arbeiten, ihre Verpflichtungen zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen zu stärken, statt internationale Verträge zu deren Schutz abzulehnen.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hatte in der Nacht zu Samstag per Dekret den Austritt aus der sogenannten Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen verkündet.

Juristen kritisieren allerdings, der Präsident könne nicht im Alleingang über den Ausstieg entscheiden. Das internationale Abkommen war 2011 vom Europarat ausgearbeitet worden. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, Gewalt gegen Frauen zu verhüten und zu bekämpfen und dazu einen Rechtsrahmen zu schaffen. Ziel ist eine "echte Gleichstellung von Frauen und Männern".

Nach Angaben von "Wir werden Frauenmorde stoppen" wurden allein im vergangenen Jahr mindestens 300 Frauen in der Türkei ermordet. Erst kürzlich heizten die Vergewaltigung und der Mord an einer 92-Jährigen sowie das Video einer brutalen Tat, bei der ein Mann seine Ex-Frau verprügelte, die Diskussion um Gewalt gegen Frauen an.

→ Zusammenfassung: Die Meinung des Europarats und der Vereinten Nationen über den Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention (per Dekret) ist eher kritisch. Sie fordern die Türkei auf, wieder einzutreten und bitten die Regierung von Ankara, das ganze System für den Schutz von Frauen nicht zu schwächen. US-Präsident Joe Biden unterstütz den Austritt ebenso wenig. Die Frauenorganisation UN Women protestierte zusätzlich gegen den Austritt. Außerdem kritisieren Juristen, dass Erdogan nicht alleine über den Austritt entscheiden kann, da es ein internationales Abkommen zur Gleichstellung von Mann und Frau ist.

Demos nach Erdogans Austritt aus Istanbul-Konvention

21.03.2021

Istanbul (dpa) - Der Austritt der Türkei aus einem internationalen Abkommen zum Schutz von Frauen vor Gewalt hat große Empörung ausgelöst. Aus Protest gingen in Istanbul nach Angaben der Veranstalter Tausende Menschen auf die Straße.

Die Demonstrantinnen skandierten: "Nehmt die Entscheidung zurück, wendet die Konvention an". Auch in anderen Landesteilen gab es Kundgebungen. Die Bundesregierung sprach von einem falschen Signal an Europa, aber vor allem an die Frauen in der Türkei. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell äußerte in einer Erklärung völliges Unverständnis für die Entscheidung und forderte Ankara dazu auf, diese rückgängig zu machen. Türkische Oppositionsvertreter warnen vor einem drohenden Kulturkampf.

Die Bundesregierung sprach von einem falschen Signal an Europa, aber vor allem an die Frauen in der Türkei. Die EU äußerte in einer Erklärung völliges Unverständnis für die Entscheidung und forderte Ankara dazu auf, diese rückgängig zu machen. US-Präsident Joe Biden kritisierte den Rückzug aus dem Pakt als "sehr enttäuschend". Türkische Oppositionsvertreter warnen vor einem Kulturkampf. Erdogans Büro wies die Vorwürfe zurück und beteuerte, Frauen würden weiter geschützt.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hatte in der Nacht zu Samstag per Dekret den Austritt aus der sogenannten Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen verkündet. Juristen kritisieren allerdings, der Präsident könne nicht im Alleingang über den Ausstieg entscheiden. Das internationale Abkommen war 2011 vom Europarat ausgearbeitet worden. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, Gewalt gegen Frauen zu verhüten und zu bekämpfen und dazu einen Rechtsrahmen zu schaffen. Ziel ist eine "echte Gleichstellung von Frauen und Männern".

Erdogan selbst hatte die Konvention in Istanbul - dem Ort der finalen Einigung - unterschrieben, damals noch als Ministerpräsident. Später wurde sie in der Türkei entsprechend ratifiziert. Frauenorganisationen kritisieren aber auch, dass Gesetze, die auf Basis der Konvention verabschiedet wurden, von Gerichten nicht konsequent umgesetzt wurden.

Eines dieser Gesetze trägt die Nummer 6284 und berechtigt Betroffene laut der Organisation "Mor Cati" etwa dazu, Schutz in einem Frauenhaus, temporären Schutz durch Begleitungen, eine einstweilige Verfügung oder finanzielle Unterstützung zu bekommen. Millionen von Frauen, Kindern und LGBT-Menschen, also Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern, würden diese lebensrettenden Maßnahmen nun entzogen, sagte der Anwalt Veysel Ok der Deutschen Presse-Agentur.

Der Jurist und Abgeordnete der oppositionellen Deva-Partei Mustafa Yeneroglu kritisierte, dass Erdogan den Austritt per Dekret verkündete, obwohl er das Parlament hätte befragen müssen. Mit dem Dekret wähle der Präsident den Weg kalkulierter gesellschaftlicher Spaltung, sagte der in Deutschland aufgewachsene Yeneroglu der dpa. Er war 2019 aus Erdogans AKP ausgetreten. Yeneroglu wertet das Vorgehen als "Machtdemonstration", mit der Erdogan seine religiös-konservative Machtbasis auf sich einschwören wolle, und als "die Vorbereitung eines Kulturkampfes". Viele Menschen im Land seien der Überzeugung, dass

die Istanbul-Konvention die Lebensweise homosexueller Menschen fördere - und sähen das als Bedrohung "traditioneller Werte", sagte Yeneroglu.

Erdogans Kommunikationsdirektion erklärte am Sonntagabend, die Istanbul-Konvention sei von Menschen vereinnahmt worden, "die versuchten, Homosexualität zu normalisieren - was unvereinbar mit den sozialen und familiären Werten der Türkei ist." Der Austritt aus der Konvention bedeute keineswegs, dass die Türkei den Schutz von Frauen aufs Spiel setze. Die rechtlichen Mechanismen dazu bestünden weiterhin.

Die Diskussion um einen möglichen Austritt hatte im vergangenen Jahr eine konservativ-religiösen Plattform losgetreten. Deren Vertreter sahen Religion, Ehre und Anstand durch das Abkommen gefährdet.

Der türkische Vizepräsident, Fuat Oktay, verteidigte die Entscheidung. Er twitterte, die Türkei müsse andere nicht imitieren. Die Lösung für den Schutz von Frauenrechten "liegt in unseren eigenen Bräuchen und Traditionen".

Oppositionsführer Kemal Kilicdaroglu dagegen reagierte empört und auch international hagelte es Kritik. "Sie können 42 Millionen Frauen nicht über Nacht per Dekret ihre Rechte entziehen", erklärte Kilicdaroglu in einer Videobotschaft. Die Organisation Frauenkoalition Türkei schrieb in einer Stellungnahme, Austritt bestärke Mörder von Frauen, Belästiger und Vergewaltiger.

Der Europarat bedauerte den Austritt. Damit würden die Türkei und türkische Frauen ein "wichtiges Instrument" verlieren, hieß es in einer am Sonntag in Straßburg veröffentlichten Erklärung. Zugleich appellierte der Europarat an die Regierung in Ankara, das internationale System zum Schutz von Frauen nicht zu schwächen.

Der Europarat bedauerte den Austritt. Damit würden die Türkei und türkische Frauen ein "wichtiges Instrument" verlieren, hieß es in einer am Sonntag in Straßburg veröffentlichten Erklärung. Zugleich appellierte der Europarat an die Regierung in Ankara, das internationale System zum Schutz von Frauen nicht zu schwächen. In einer vom Weißen Haus in Washington verbreiteten Mitteilung hieß es: "Dies ist ein entmutigender Rückschritt für die internationale Bewegung, die Gewalt gegen Frauen weltweit zu beenden."

EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen erklärte, Frauen verdienten einen starken Rechtsrahmen, um sie zu schützen. Das Auswärtige Amt zweifelte zudem die Ernsthaftigkeit eines "Aktionsplan für Menschenrechte" an, den Erdogan Anfang März vorgestellt hatte. Der Präsident hatte darin auch angekündigt, Frauen besser vor Gewalt zu schützen.

Nach Angaben von "Wir werden Frauenmorde stoppen" wurden allein im vergangenen Jahr mindestens 300 Frauen in der Türkei ermordet. Erst kürzlich heizten die Vergewaltigung und der Mord an einer 92-Jährigen sowie das Video einer brutalen Tat, bei der ein Mann seine Ex-Frau verprügelte, die Diskussion um Gewalt gegen Frauen an.

→ Zusammenfassung: Nach dem Austritt der Türkei waren tausende Menschen (überwiegend Frauen) demonstrieren. Bei diesen Demonstrationen kritisieren Frauen Organisationen zudem, dass auch vor der Verabschiedung des Abkommens, die Türkischen Gesetze zum Thema der Istanbul-Konvention nicht umgesetzt wurden.

Türkische Oppositionsvertreter warnen außerdem vor einem Kulturkampf und werten teilweise den Austritt als "Machtdemonstration" Erdogans.

Istanbul-Konvention: Ankaras homophobe Begründung

22.03.2021

Erst trat der türkische Präsident Erdogan aus der Istanbul-Konvention aus. Nun folgte eine Begründung aus dem Präsidentenpalast: Man wolle "die Normalisierung von Homosexualität" unterbinden.

Der Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention kam überraschend und wurde international scharf kritisiert. Die Konvention des Europarates aus dem Jahr 2011 soll Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt durch verbindliche Rechtsnormen unterbinden.

Nachträglich lieferte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan nun doch eine Erklärung für den überraschenden Austritt: Das Abkommen werde von einer Gruppe von Menschen dazu benutzt, "um Homosexualität zu normalisieren". Dies sei ein Verstoß gegen die sozialen und familiären Werte der Türkei, begründete der Kommunikationsdirektor des Präsidentenpalastes, Fahrettin Altun, den Schritt.

Man folge dabei dem Beispiel anderer Länder, heißt es in der Erklärung. "Sechs EU-Mitgliedsstaaten (Bulgarien, Ungarn, Tschechien, Lettland, Litauen und die Slowakei) haben die Konvention nicht ratifiziert. Polen hat sogar bereits Schritte eingeleitet, um von der Konvention zurückzutreten, weil die Istanbul-Konvention ein Versuch der LGBT-Gemeinschaft (Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transpersonen) ist, der gesamten Gesellschaft ihre Gender-Vorstellungen aufzuzwingen."

Biden: "Ich bin zutiefst enttäuscht"

Der türkische Präsident Erdogan hatte am 20. März per Dekret den Austritt aus der Istanbul-Konvention verkündet - international wurde dieser Schritt scharf kritisiert. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell erklärte, dass die Türkei eine gefährliche Botschaft an die Welt sende. Für Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bietet die Konvention Frauen einen wichtigen Rechtsrahmen zum Schutz vor Gewalt. Und US-Präsident Joe Biden erklärte: "Ich bin zutiefst enttäuscht."

In der Türkei verurteilten viele Frauenrechtsorganisationen Erdogans Entscheidung als "ungültig" und "rechtswidrig". Die Vorsitzende der Föderation der Frauenvereinigungen der Türkei, Canan Güllü, sagte der DW, dass man Frauen das Recht auf Leben und ein Recht auf eine gewaltfreie Umgebung weggenommen habe.

"Frauen wurden wie ein Müllsack mitten auf die Straße gestellt. Jeder, der kommt, kann dagegen treten. Der Tritt kann sogar eine Kugel aus einer Schusswaffe bedeuten. Wir Frauen werden das nicht vergessen."

Türkische Juristen wiesen zudem darauf hin, dass es schwierig sei, aus einem internationalen Abkommen auszutreten. Ein Alleingang, wie ihn Erdogan vornehme, sei äußerst unüblich.

Die türkische Verfassungsrechtlerin Serap Yazici erklärte, dass es für die Kündigung eines internationalen Abkommens klare Regeln gebe.

So sei es unverzichtbar, dass erst das türkische Parlament mit einem Gesetz die Beendigung der Istanbul-Konvention einleite. Danach trete ein Gesetz in Kraft, welches der Exekutive einräumen würde, ein internationales Abkommen zu kündigen. Auch könnten Frauen individuell Klage einreichen, um den Austritt aus der Konvention rückgängig zu machen. "Ich

lade alle Frauen dazu ein, ein Nichtigkeitsverfahren einzureichen", so die Verfassungsrechtlerin.

Frauenrechtsorganisation reicht Klage ein

Yazicis Aufruf wurde befolgt. Die erste konkrete Klage gegen den Austritt kam vom Verein für Frauen und Kinder, der den Schritt des türkischen Präsidenten als "ungültig" bezeichnete. In dem Nichtigkeitsverfahren, welches beim Staatsrat eingereicht wurde, heißt es, die Türkei habe ein internationales Abkommen abgeschlossen, "das per Gesetz in Kraft getreten ist und daher nicht durch eine präsidentielle Entscheidung rückgängig gemacht werden kann". Dass der türkische Präsident ein Abkommen zum Schutz von Frauen aufkündigt, erntete in weiten Teilen der türkischen Öffentlichkeit auch daher Unverständnis, weil sich in der Türkei regelmäßig grausame Frauenmorde ereignen. Stets wird kritisiert, dass zu wenig getan werde, um Frauen vor Gewalt zu schützen.

Aktionen in sozialen Netzwerken, die auf das Problem hinweisen, und engagierte Frauenrechtsgruppen erhöhen den Druck auf die offiziellen Stellen. Doch sowohl die Regierung in Ankara als auch die türkische Justiz haben das Problem lange Zeit totgeschwiegen. Und das, obwohl nach den Zahlen der Organisation "Wir werden Frauenmorde stoppen" im vergangenen Jahr 300 Morde an Frauen registriert wurden. Zudem wurden 171 Todesfälle als "suspekt" eingestuft, darunter auch angebliche Selbstmorde.

Istanbul-Konvention: Auch vor Austritt wirkungslos

Der Austritt aus der Istanbul-Konvention ist für Frauenrechtlerinnen ein weiterer Rückschlag. Viele türkische Frauen sahen das Abkommen als letzte Hoffnung. Denn die Unterzeichnerstaaten haben sich verpflichtet, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen.

Die Türkei ratifizierte das Übereinkommen 2014 und ließ es als Gesetz zur Vorbeugung von Gewalt gegen Frauen und zum Schutz der Familie rechtlich verankern. Doch in der Praxis, sagen Kritikerinnen und Kritiker, werden die Rechtsnormen der Istanbul-Konvention in der Türkei nicht angewandt. Daher konnte die Istanbul-Konvention bereits vor dem Austritt am Samstag Gewalt gegen Frauen nicht verhindern.

→ Zusammenfassung: Erdogan und weitere Politiker begründen den Austritt aus der Istanbul-Konvention. Sie sagen, dass sie damit verhindern wollen, dass Homosexualität normalisiert wird. Sie meinen, dass die LGBTQ-Gemeinschaft der Gesellschaft ihre Gender-Vorstellungen aufzwingen wollen, was ein Verstoß gegen die sozialen und familiären Werte der Türkei sei. Darüber hinaus bezeichnet die türkische Verfassungsrechtlerin den Austritt als „ungültig“. Sie sagt, es handelt sich hierbei um ein Abkommen, das nicht durch die Entscheidung des Präsidenten rückgängig gemacht werden kann, da es per Gesetz in Kraft getreten ist.

Die EU findet kein Mittel gegen Erdogan

22.03.2021

Die Türkei steigt aus der Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen aus. Mehr als Empörung muss Präsident Recep Tayyip Erdogan aber nicht fürchten, kommentiert Karin Senz. Er habe die Europäer wegen des Flüchtlingspakts in der Hand und überrumpele sie einfach immer wieder.

Es sind turbulente Tage in der Türkei. Mitte letzter Woche reicht der Generalstaatsanwalt Klage ein: Er will die pro-kurdische HDP verbieten – wegen Terrorverdacht. Am Freitagnachmittag nimmt die Polizei den Vorsitzenden einer bedeuten Menschenrechtsorganisation in der Türkei fest. In der Nacht auf Samstag greift Präsident Recep Tayyip Erdogan massiv in den Finanzmarkt ein und feuert überraschend den Chef der Notenbank. Und praktisch mit dem gleichen Federstrich steigt er aus der Istanbul-Konvention aus. Es ist noch keine drei Wochen her, da hat Erdogan einen Menschenrechtsplan vorgelegt, den er bis 2023 zum 100-jährigen Gründungsjubiläum der Türkei umsetzen will. Er verspricht, die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit zu gewährleisten. Journalisten sollen ihren Beruf deutlich leichter ausüben können. Und jeder sei vor dem Gesetz gleich, ungeachtet seines Geschlechts oder seiner politischen Überzeugungen. Künftig, so der türkische Präsident weiter, soll die Polizei auch niemanden mehr mitten in der Nacht einfach zum Verhör abführen können.

Eine Woche später holt die Polizei zwölf Frauen ab – nachts. Sie sollen bei der Demonstration zum Internationalen Frauentag in Istanbul am Vortag rhythmisch gesprungen sein und gerufen haben: „Tayyip, lauf weg, die Frauen kommen“.

LGBTI+-Bewegung bekommt Schuld

Wäre es nicht so ernst, man müsste drüber schmunzeln. Aber all diese Schritte haben ernste Konsequenzen. Die türkische Regierung erklärt, sie ist aus der Istanbul-Konvention ausgestiegen, weil die von Homosexuellen praktisch gekapert worden sei. Und das passe nicht zu den gesellschaftlichen und familiären Werten der Türkei. Die LGBTI+-Bewegung bekommt also die Schuld am Ausstieg und wird damit noch mehr Angriffen ausgesetzt, und zwar nicht nur verbalen. Dass der Staat sie davor schützt, daran glauben viele schon seit Jahren nicht mehr. Das Vorgehen jetzt hat sie bestätigt.

Wer also soll Erdogan seinen Menschenrechtsplan abnehmen? Es ist ein Plan maßgeschneidert für Brüssel. Nicht dass man ihm dort glaubt – aber es scheint, als würde man den Plan gerne als Argument nehmen, weiter auf die sanfte Tour mit Ankara umgehen zu können. Am Freitag telefonieren EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Ratspräsident Charles Michel mit Erdogan. Hinterher fallen Formulierungen wie „positive EU-Türkei-Agenda“ und „weitere Stärkung der Vertrauensbildung“. Menschenrechte fehlen im Vokabular.

EU mit dreisten Aktionen überrumpelt

Am Freitag ist EU-Gipfel, auch mit dem Thema Türkei-Beziehungen auf dem Plan. Von weiteren Sanktionen scheint da nicht mehr die Rede zu sein. Auch ein Ausschlussverfahren aus dem Europarat, weil die Türkei Urteile des Menschenrechtsgerichtshofs ignoriert, ist

kein Thema. Und das alles, weil der türkische Präsident die Europäer wegen des Flüchtlingspakts in der Hand hat? Das spielt sicher eine Rolle. Aber Fakt ist, er überrumpelt sie immer wieder mit seinen dreisten Aktionen, stößt die Brüsseler Obersten schlicht vor den Kopf. Sie finden kein Mittel gegen ihn.

Für Erdogan heißt das: Weiter so. 2023 ist ja erst in zwei Jahren. Manch einer in der Türkei spottet, da hat er ja noch genug Zeit für weitere Menschenrechtsverletzungen.

→Zusammenfassung: Erdogan ist sich sicher, dass er nichts weiter als Kritik von Europäern erhält, da er diese mittels des Flüchtlingspaktes „in der Hand“ habe. Zusätzlich stellte Erdogan vor ca. 3 Wochen einen Menschenrechtsplan vor, welchen er bis 2023 umsetzen will. Dieser soll Meinungs- und Demonstrationsfreiheit gewährleisten. Im Übrigen gibt Erdogan der LGBTI+-Bewegung die Schuld am Austritt. Dies führt dazu, dass diese Menschen noch mehr in Gefahr vor Angriffen sind.

Ausstieg aus Istanbul-Konvention "Als würden sämtliche Rechte gestrichen"

23.03.2021

Durch den Ausstieg der Türkei aus der Istanbul-Konvention fühlen sich frauenfeindliche, homo- und transphobe Gewalttäter ermutigt, warnen Menschenrechtler: Sie kündigen bereits ohne Scheu Übergriffe an.

Der erste Schock über die Nacht- und Nebel-Aktion von Präsident Recep Tayyip Erdogan ist verwunden: Am Wochenende stieg die Türkei aus der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauenrechten ausgestiegen. Was bleibt, sind Wut und Angst bei den Frauen - und insbesondere in der LGBTI+-Bewegung.

Denn die Regierung begründet ihren Schritt mit dem Einfluss Homosexueller: Eine Gruppe an Menschen habe die Istanbul-Konvention, die eigentlich Frauenrechte fördern soll, praktisch gekapert, um Homosexualität zu normalisieren, schreibt Erdogans Pressestelle. Das sei aber mit den sozialen Werten und Werten bezüglich der Familie nicht vereinbar. Darum habe man sich entschieden, sich aus der Konvention zurückzuziehen.

Vergewaltigungs-Drohungen in Netzwerken

Der Präsident gibt also Homosexuellen die Schuld am Ausstieg. Menschen aus der LGBTI+-Gemeinschaft würden damit noch mehr zur Zielscheibe, sagt der homosexuelle Autor Kultigin Kaan Akbulut: "Erst vor kurzem, es ist knapp einen Monat her, hat man im Zentrum von Istanbul von einem Taxi aus eine Feuerwerksrakete auf eine Trans-Frau abgefeuert." Zuvor hätten die Istanbul-Konvention und die Gesetze Gewalttäter "wenigstens noch ein bisschen abgeschreckt", sagt er: "Menschen aus der LGBTI+-Bewegung haben sich durch das Gesetz wenigstens noch einigermaßen geschützt gesehen. Dieses Vertrauen ist jetzt weg. Und noch mehr: Jetzt fühlen sich homophobe Menschen zu solchen Aktionen auch noch ermutigt."

Ähnliches beobachtet Akbulut für alle Frauen, vor allem in den sozialen Netzwerken: "Der Ausstieg aus der Istanbul-Konvention ist in konservativen Teilen der Gesellschaft so aufgefasst worden, als würden damit sämtliche Rechte der Frauen gestrichen. In den sozialen Medien finden sich jetzt schon zum Beispiel Vergewaltigungsdrohungen oder Tweets wie 'Hurra, wir zahlen jetzt keinen Unterhalt mehr'."

Hätte Erdogan das Parlament einbinden müssen?

Viele sehen darin ein Signal an gewalttätige Männer, keine Strafe mehr befürchten zu müssen, wenn sie Frauen misshandeln oder umbringen. Schon jetzt kämen sie vor Gericht oft straffrei oder mit einer viel zu milden Strafe davon, kritisieren Frauenrechtlerinnen. Sie wollen gegen den Ausstieg klagen.

Unter anderem wird diskutiert, ob Erdogan nicht das Parlament hätte einbinden müssen. Dazu gibt es seit dem Wochenende Proteste. Man werde kämpfen, macht Fidan Ataselim von einer Plattform, die sich gegen Frauenmorde richtet, klar:

Denn die Frauen in diesem Land sind sehr viel "selbstbewusster geworden und fordern mehr denn je Gleichheit und Freiheit.

Die Regierung sei gegen die Gleichstellung der Geschlechter, meint Ataselim. "Aber sie kommen damit nicht durch, das zeigen die Demonstrationen. Diese Konvention wurde nicht mit einer einzigen Ja-Stimme unterzeichnet, sondern mit dem Blut zahlloser Frauen. Deswegen werden wir Frauen uns wehren."

Bei ihren Demonstrationen sind immer öfter neben den lila Fahnen auch die Regenbogenfarben, also die der LGBTI+-Bewegung zu sehen, zuletzt am Internationalen Frauentag am 8. März.

"Erdogan ist auch gegen die LGBTI+, aber wir sind zusammen hier, da gibt es keinen Unterschied zwischen ihnen und uns. Wir sind eins", sagt die 50-jährige Sema, die an dem Tag in Istanbul demonstrierte.

Wendepunkt nach den Gezi-Park-Protesten

Als die LGBTI+-Bewegung in der Türkei noch neu war, erzählt der Autor Kültigin, habe die Regierung sogar noch den rechtlichen Rahmen geschaffen, um ihnen Vereine zu ermöglichen. Sie habe damit Vorgaben der Europäischen Union erfüllt.

Aber dann drehte sich der Wind. Das wurde vor knapp einem Jahr bei der Predigt des Chefs der mächtige Religionsbehörde Diyanet, Ali Erbas, deutlich: "Der Islam betrachtet Unzucht als Sünde und verurteilt Homosexualität. Sie führt zu Krankheiten und treibt Generationen ins Verderben. Lasst uns gemeinsam vorgehen, um die Menschheit vor diesem Übel zu Bewahren", sagte er damals.

Kültigin sieht einen Wendepunkt nach den Gezi-Park-Protesten 2013 auf dem Istanbul Taksimplatz. "Danach wurde die LGBTI+-Bewegung als Bedrohung gesehen. Seit geraumer Zeit versucht die Regierung, sie von der gesellschaftlichen Opposition auszuschließen", sagt er. "Das haben wir am 8. März erlebt, als die Polizei den Frauenmarsch dann doch erlaubt, alle Regenbogen-Fahnen aber verboten hat."

Auch er hofft, dass die Türkei zur Istanbul-Konvention zurückkehrt. Allzu optimistisch ist er allerdings nicht.

→ Zusammenfassung: Nach dem Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention werden über social Media bereits Drohungen von frauenfeindlichen, homo- und transphoben Menschen veröffentlicht. Viele Frauen und Politiker meinen, dass gewalttätige Männer jetzt noch weniger bestraft werden, wenn sie eine Frau misshandeln oder gar umbringen. Aus diesem Grund wollen Frauenrechtlerinnen gegen den Austritt klagen und protestieren. Zusätzlich empfinden die konservativen Menschen der Gesellschaft den Austritt so, als wären sämtliche Frauenrechte gestrichen.

Sind Frauen jetzt Freiwild?

Türkei tritt aus Istanbul-Konvention aus: „Jemand kann mich einfach töteten, weil ihm langweilig ist“

23.03.2021

Das sagen Passantinnen in Istanbul zum Austritt aus dem Abkommen

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hatte in der Nacht zu Samstag per Dekret den Austritt aus der Istanbul-Konvention verkündet. Das Abkommen sollte Frauen besser vor Gewalt schützen. Die Unterzeichner setzten sich 2011 die "echte Gleichstellung von Frauen und Männern" zum Ziel. RTL-Korrespondentin Kavita Sharma hat in Istanbul mit Frauen auf der Straße gesprochen. Viele sind überhaupt nicht einverstanden mit Erdogans Entscheidung. Im Video erzählen Frauen, dass sie sich nicht mehr sicher fühlen.

Ohne das Abkommen könnten Gesetze zum Schutz von Frauen verschwinden

"Jemand kann mich einfach töteten, weil ihm langweilig ist. Jemand kann mich niederstechen, weil ihm langweilig ist." Das ist keine völlig irrationale Furcht. Nach Angaben der Organisation "Wir werden Frauenmorde stoppen" wurden allein im vergangenen Jahr mindestens 300 Frauen in der Türkei ermordet. Erst kürzlich heizten die Vergewaltigung und der Mord an einer 92-Jährigen sowie das Video einer brutalen Tat, bei der ein Mann seine Ex-Frau vor den Augen der kleinen Tochter mitten auf der Straße verprügelte, die Diskussion um Gewalt gegen Frauen an.

Ohne das Abkommen könnten nun wichtige Gesetze aufgehoben werden, die Rechtssicherheit für Frauen schaffen, die Opfer von Gewalt wurden. "Indem sie die Konvention verlassen haben, stellen sie sich auf eine Seite mit schlechten Menschen wie Grapschern oder Vergewaltigern", befürchtet eine Passantin. Eine andere bezeichnet den Austritt aus der Istanbul-Konvention als "großen Fehler". "Fast täglich können wir Gewalt an Frauen sehen oder darüber lesen, in der Öffentlichkeit, im Fernsehen oder in der Zeitung", kritisiert sie.

Für Regierung entspricht das Abkommen nicht den "Werten der Türkei"

Erdogan selbst hatte die Konvention in Istanbul unterschrieben. Nun trat er per Dekret wieder aus. Die türkische Regierung begründete den Schritt damit, dass Frauen durch türkische Gesetze geschützt würden. Erdogans Kommunikationsdirektion erklärte, die Istanbul-Konvention sei von Menschen vereinnahmt worden, "die versuchten, Homosexualität zu normalisieren - was unvereinbar mit den sozialen und familiären Werten der Türkei ist". Der Austritt aus der Konvention bedeute keineswegs, dass die Türkei den Schutz von Frauen aufs Spiel setze. Die rechtlichen Mechanismen dazu bestünden weiterhin.

Eine konservativ-religiöse Plattform hatte die Diskussion um einen möglichen Austritt aus dem Abkommen im vergangenen Jahr losgetreten. Deren Vertreter sahen Religion, Ehre und Anstand gefährdet. Der türkische Vizepräsident, Fuat Oktay, verteidigte die Entscheidung. Er twitterte, die Türkei müsse andere nicht imitieren. Die Lösung für den Schutz von Frauenrechten "liegt in unseren eigenen Bräuchen und Traditionen".

"Ihr seid jetzt in unseren Händen. Ihr seid unser Spielzeug"

Das sieht auch eine **Erdogan-Unterstützerin** so, die mit RTL-Korrespondentin Kavita Sharma in Istanbul gesprochen hat. Sie ist mit dem **Austritt aus dem Abkommen einverstanden**.

"Unser Herr Präsident hat eine angemessene Entscheidung getroffen. Frauen sollten Priorität haben, aber wir müssen auch über andere Dinge nachdenken", meint sie. Aus ihrer Sicht sei die Konvention nicht mit Familie und dem Gemeinschaftsleben vereinbar. "Der Staat kann alles lösen. Wir vertrauen der Regierung", sagt sie.

Eins der Gesetze, die in der Türkei durch die Istanbul-Konvention eingeführt wurde, trägt die Nummer 6284. Es berechtigt Betroffene laut der Organisation "Mor Çatı" beispielsweise dazu, **Schutz in einem Frauenhaus, temporären Schutz durch Begleitungen, eine einstweilige Verfügung oder finanzielle Unterstützung** zu bekommen. Millionen von Frauen, Kindern und LGBT-Menschen würden diese lebensrettenden **Maßnahmen** nun **entzogen**, sagte der Anwalt Veysel Ok der Deutschen Presse-Agentur. Das hinterlässt bei den Passantinnen in Istanbul kein gutes Gefühl: "Wenn ich die Tweets zu dem Thema lese, bin ich geschockt. Männer sagen da: 'Ihr seid jetzt in unseren Händen. Ihr seid unser Spielzeug'", berichtet eine von ihnen.

→Zusammenfassung: Viele Frauen fühlen sich nach dem Austritt aus dem abkommen nicht mehr sicher. Für sie könnten nun wichtige Gesetze, die Gewalt gegenüber Frauen verbieten, aufgehoben werden. Trotz alledem meint die türkische Regierung, dass alle Frauen durch das türkische Gesetz geschützt werden. Der türkische Vizepräsident ist der Meinung, dass der Schutz der Frauenrechte in den Bräuchen und Traditionen der Türkei liege. Die erste Diskussion zum Thema, ob die Türkei aus der Istanbul-Konvention austreten soll, hat eine konservativ-religiöse Plattform vor einem Jahr gestartet. Diese sind der Meinung, dass durch das Abkommen Religion, Ehre und Anstand gefährdet sind.

AUTORITÄRER UMBAU

24.03.2021

Erdoğan's Innenpolitik: Austritt aus der Istanbul-Konvention und Oppositionsverbot

Der von Recep Tayyip Erdoğan angekündigte „Meilenstein für die Transformation der Türkei“ dürfte indes vor allem für all jene einer Bedrohung gleichkommen, die nicht zu den Befürworter: innen des autoritären Umbaus des Staates in den vergangenen Jahren gehörten. Mit dem unlängst verkündeten Austritt aus der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen gegen Gewalt hatte der Präsident bereits im Vorfeld ein unmissverständliches Zeichen in Richtung der islamisch-konservativen Kräfte innerhalb der AKP gesendet und unterstrichen, welche Richtung die weitere Transformation der Gesellschaft nehmen wird.

Einen Meilenstein für Erdoğan's weitere Umgestaltungspläne kurz vor dem hundertsten Jahrestag der Gründung der modernen Türkei würde auch das vergangene Woche angeregte Verbot der „Demokratischen Partei der Völker“ (HDP) bedeuten. Damit wäre nicht nur die lästige zweitgrößte Oppositionspartei endgültig aus dem Weg geräumt, gegen welche die türkischen Behörden bereits seit dem gescheiterten Putschversuch 2016 verstärkt hervorgehen. Ein Verbot würde auch einen weiteren Rückschlag für die Situation der Kurd:innen in der Türkei bedeuten – schließlich wurde mit der HDP bei den letzten Parlamentswahlen 2018 erstmals eine mehrheitlich kurdische Partei ins Parlament gewählt.

→ Zusammenfassung: Bereits vor Erdoğan's Entscheidung, aus der Istanbul-Konvention auszusteigen, sollte er ein unmissverständliches Zeichen gesendet haben. Der Austritt dient dem Umbau des Staates der Türkei und einer weiteren Transformation der Gesellschaft.

Grüne fordern vor EU-Gipfel harte Linie gegen Türkei

24.03.2021

ISTANBUL (dpa-AFX) - Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Grüne) hat die EU vor dem Gipfel der Staats- und Regierungschef aufgefordert, Druck auf die Türkei auszuüben. Bundesregierung und EU seien gefordert, "endlich alle ihr zur Verfügung stehenden Hebel zu nutzen, um auf Demokratie und Menschenrechte zu drängen", sagte Roth der Deutschen Presse-Agentur. Schwachstelle des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan sei die Wirtschaft. Daher sei die EU gefragt, "starke Sanktionen offen zu formulieren" und für demokratische Werte einzutreten. Es sei "unbegreiflich", worauf der Optimismus über die Beziehungen zur Türkei fuße, "schließlich entbehrt der massive autokratische Umbau der Türkei durch Erdogan jedes Hauchs eines gemeinsamen Wertefundaments."

Die Grünen im Bundestag fordern zudem ein Ende des Flüchtlingsabkommens zwischen der EU und der Türkei, das die Migration über die Türkei nach Griechenland eindämmen soll. Erdogan "zum Türsteher Europas zu machen" lasse außer Acht, dass zunehmend auch Menschen vor dessen Politik aus der Türkei fliehen würden, sagte die flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion, Luise Amtsberg, dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). "Diese asylrechtswidrige Vereinbarung muss sofort beendet werden."

Die Staats- und Regierungschefs der EU beraten beim Gipfel am Donnerstag unter anderem über ihre Beziehungen zur Türkei. In der vergangenen Woche hatten mehrere Entwicklungen in der Türkei für internationale Kritik gesorgt: Präsident Erdogan erklärte etwa den Austritt aus der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen. Die Generalstaatsanwaltschaft in Ankara stellte zudem einen Verbotsantrag gegen die prokurdische Oppositionspartei HDP, dem HDP-Politiker Ömer Faruk Gergerlioglu - der für seinen Einsatz für Menschenrechte bekannt ist - wurde das Abgeordnetenmandat entzogen.

→ Zusammenfassung: Die Entscheidung Erdogans, aus der Istanbul-Konvention auszutreten, brachte die Grünen im Bundestag dazu, das Ende des Flüchtlingsabkommens zwischen der EU und der Türkei zu fordern. Zudem haben die Grünen die EU aufgefordert, Druck auf die Türkei auszuüben, um in der Türkei mehr auf Menschenrechte und Demokratie gedrängt wird.

Diskussionsfrage:

Soll die Türkei wieder in die Istanbul-Konvention eintreten?

Ich finde, dass die Türkei wieder in das Abkommen eintreten soll.

Auch vor dem Austritt wurde nicht aktiv gegen Gewalt an Frauen gehandelt. Es gibt viel zu viele Fälle von ermordeten, verletzten und misshandelten Frauen. Jetzt, nachdem die Türkei aus dem Abkommen, welches Frauen/Mädchen vor Gewalt schützen soll, ausgetreten ist, sind viele Frauen um ihr Leben zurecht besorgt. Die Nachrichten berichten über 300 Fälle von ermordeten Frauen. Demonstrationen gegen den Austritt finden ebenso statt. Ein Großteil der Gesellschaft ist mit der Entscheidung nicht einverstanden.

Der Präsident und die türkische Regierung meinen zwar, dass Frauen trotzdem vom Gesetz und der Verfassung geschützt werden, allerdings sind die Strafen für einen Verstoß nicht hart genug. Das bedeutet, viele gewalttätige Männer werden davon nicht abgeschreckt sein und werden nicht aufhören. Denn wenn es keine harte Strafe für, zum Beispiel, die Ermordung einer Frau gibt, dann halten sich die Menschen nicht an das Gesetz. Das ist ebenso ein Punkt, der von Frauenrechtlerinnen kritisiert wird. Da darauf hin allerdings auch nicht reagiert wird, sind die Leben von Frauen nach wie vor in Gefahr.

Zudem ist die Begründung von Erdogan in meinen Augen nicht logisch. Was hat Homosexualität etc. mit der Gewalt an Frauen zu tun? In wie fern wurde die Konvention von der LGBTQ-Gesellschaft ausgenutzt? Ich finde, das ist nur eine Ausrede, damit man Frauenrechte nicht mehr beachten muss. Die LGBTQ-Gesellschaft zwingt keine Gendervorstellungen der Gesellschaft auf. Homosexualität und Transgenderleben sollten normalisiert werden. Überall.

Die Türkei sollte wieder eintreten, damit sich die Frauen und die LGBTQ-Gesellschaft etwas sicherer fühlen. Die Gesetze, Verfassungen, Bräuche und Traditionen der Türkei sind nicht ausreichend genug, Frauenrechte und das Leben der Frauen zu schützen.

Quellenverzeichnis:

Internetquellen:

Name Autor*in	Titel	Datum	URL
Schmidt, Joel	Autoritärer Umbau	24.03.2021	https://www.fr.de/politik/tuerkei-recep-tayyip-erdogan-akp-parteitag-macht-kult-wahlen-90258090.html
Senz, Karin	Istanbul-Konvention Türkei tritt aus Frauenschutz- Abkommen aus	20.03.2021	https://www.tagesschau.de/ausland/europa/tuerkei-istanbul-konvention-101.html
Senz, Karin	Die EU findet kein Mittel gegen Erdogan	22.03.2021	https://www.deutschlandfunk.de/ausstieg-aus-istanbul-konvention-die-eu-findet-kein-mittel.720.de.html?dram:article_id=494560
Senz, Karin	Ausstieg aus Istanbul- Konvention „Als würden sämtliche Rechte gestrichen“	23.03.2021	https://www.tagesschau.de/ausland/asien/tuerkei-istanbul-konvention-lgbtqi-101.html
Sharma, Kavita	Sind Frauen jetzt freiwild? Türkei tritt aus Istanbul- Konvention aus: „Jemand kann mich einfach töteten, weil ihm langweilig ist“	23.03.2021	https://www.rtl.de/cms/tuerkei-tritt-aus-istanbul-konvention-aus-sind-frauen-jetzt-freiwild-4728048.html
Redaktion der Deutschen Welle	Türkei steigt aus Istanbul- Konvention aus	20.03.2021	https://www.dw.com/de/t%C3%BCrkei-steigt-aus-istanbul-konvention-aus/a-56937049
Redaktion der Tagesschau	Austritt aus Istanbul- Konvention" Gefährliche Botschaft an die ganze Welt"	21.03.2021	https://www.tagesschau.de/ausland/istanbul-konvention-107.html
Redaktion der Süddeutschen Zeitung	Demos nach Erdogans Austritt aus	21.03.2021	https://www.sueddeutsche.de/politik/konflikte-demos-nach-erdogans-austritt-aus-istanbul-konvention-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210321-99-908468

	Istanbul-Konvention		
Redaktion der Deutschen Welle	Istanbul-Konvention: Ankaras homophobe Begründung	22.03.2021	https://www.dw.com/de/istanbul-konvention-ankaras-homophobe-begr%C3%BCndung/a-56955759
Redaktion von Finanzen.net	Grüne fordern vor EU-Gipfel harte Linie gegen Türkei	24.03.2021	https://www.finanzen.at/nachrichten/aktien/gruene-fordern-vor-eu-gipfel-harte-linie-gegen-tuerkei-1030238961

Bildquellen Deckblatt:

Bildplatzierung	Bildquelle
Oben	https://www.spiegel.de/consent-a-?targetUrl=https%3A%2F%2Fwww.spiegel.de%2Fthema%2Ftuerkei%2F&ref=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F
Unten links	https://www.mainz.de/verwaltung-und-politik/beiraete-beauftragte/istanbul-konvention.php
Unten rechts	https://www.manager-magazin.de/consent-a-?targetUrl=https%3A%2F%2Fwww.manager-magazin.de%2Fmagazin%2Fartikel%2Fa-357468.html&ref=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F